



## Politischer Bericht

### Mögliche Auswirkungen der jüngsten Eskalation der Gewalt auf den Friedensprozess im Nahen Osten und die Palästinensische Autonomie

Vor allem durch zwei Ereignisse ist die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten im Sommer 2006 ausgelöst worden:

- die **Entführungen** israelischer Soldaten auf israelischem Territorium wenige Meter hinter der Grenze zum Gaza-Streifen und später zum Libanon, sowie
- der Beschuss Israels mit **Raketen** unterschiedlicher Reichweite und Sprengkraft aus den beiden genannten Gebieten durch palästinensische Milizen im ersten sowie durch die schiitische Hisbollah im zweiten Fall.

Die massiven Reaktionen der israelischen Armee auf diese Ereignisse machen klar, wie sehr **Israel dadurch in seinen elementaren Sicherheitsinteressen getroffen** ist. Kurz nach der Entführung an der Grenze des Gaza-Streifens ist die israelische Armee immer wieder mit Panzern in das ein Jahr zuvor geräumte Gebiet einmarschiert und hat aus der Luft wesentliche Infrastruktur zerstört, darunter die Wasser- und Stromversorgung weiter Bevölkerungsteile.

Im Libanon finden seit der dortigen Entführung am 12. Juli vor allem massive Luftangriffe statt. Hier scheint ein Waffenstillstand erst möglich, wenn die radikal-islamische **Hisbollah die Fähigkeit eingebüßt hat, Israel mit Raketen oder anderen Übergriffen zu bedrohen**. Andererseits haben weder Israel noch Syrien derzeit ein Interesse an der Ausweitung des Konfliktes zu einem regionalen Krieg.

Inwiefern Israel sein Ziel mit den bisher eingesetzten militärischen Mitteln – hauptsächlich Luftangriffe und eine begrenzte Bodenoffensive - erreichen kann, ist fraglich. Auf lange Sicht bleibt darüber hinaus unklar, wie lange die Wirkung solcher Maßnahmen anhält. Zumindest Hisbollah wird auch nach einer militärischen Niederlage gegen Israel alles daran setzen, so bald wie möglich wieder aufzurüsten. Ob eine **internationale Friedenstruppe** oder aber eine **gestärkte libanesische Regierung** dies auf Dauer verhindern können, bleibt offen.

Im Hinblick auf Gaza scheint eine Lösung wahrscheinlich, die folgende Eckpunkte beinhalten könnte:

- Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit,
- Ende des Raketenbeschusses Israels aus dem Gaza-Streifen,
- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen,
- Spätere Freilassung vor allem der durch Israel inhaftierten palästinensischen Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordneten der Hamas.

### *Hintergrund und Vorgeschichte:*

Eine Bedrohung Israels durch Raketen aus dem Gaza-Streifen ist einerseits schon länger vorhanden, andererseits sowohl hinsichtlich Reichweite als auch angerichteten Schadens deutlich geringer, als an der Grenze zum Libanon. Die seit Aufkündigung des Waffenstillstandes durch Hamas und vorher schon durch andere Gruppen abgeschossenen „**Qassam**“-**Raketen** der Palästinenser sind im Gegensatz zu den iranischen und syrischen der Hisbollah meist selbst zusammengebaut. **Anlass der Eskalation des Konfliktes war hier vor allem die Entführung des Soldaten Gilad Shalit am 25. Juni 2006.**

Am Abend des 24. Juni hatten der politische Flügel der regierenden Hamas sowie die Fatah von Präsident Abbas sich auf eine modifizierte Version des so genannten „**Gefangenepapiers**“ geeinigt. Der Name beschreibt die Autoren, sämtlich in Israel inhaftierte **führende Mitglieder der meisten wichtigen palästinensischen Parteien** und bewaffneten Gruppen (Fatah, Hamas, PFLP, DFLP sowie Islamischer Dschihad. Letzterer trägt jedoch die modifizierte Version des Dokuments nicht mehr mit.).

Die wesentlichsten Inhalte der Einigung sind die „Beschränkung“ bewaffneter Aktionen auf die besetzten Gebiete selbst und damit das **Ende der Terroranschläge** auf Israel, einschließlich des Raketenbeschusses aus Gaza. Dazu kommt die Bildung einer **Regierung der nationalen Einheit**, die im Wesentlichen aus Fatah und Hamas bestehen solle. Weitere Punkte betreffen die **PLO-Mitgliedschaft** von Hamas.

Obwohl von Israel postwendend für irrelevant erklärt, hätte diese Einigung für die verfahrenere innere Situation in den palästinensischen Gebieten ein **Durchbruch** sein können. Denn nach der Einstellung der direkten Budgethilfen durch ausländische Geber und der Unterbrechung der von Israel weitergeleiteten Steuer- und Zolleinnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde wurde diese praktisch zahlungsunfähig. So fallen nun viele eigentlich staatliche Aufgaben wieder auf Nichtregierungsorganisationen zurück. Nach der Entführung in Gaza kam es schließlich zu der **Verhaftung vieler Kabinettsmitglieder und Parlamentsabgeordneter der Hamas** durch die israelische Armee. Weitere Minister sind daraufhin in den Untergrund abgetaucht. Damit hat die Handlungsunfähigkeit dieser Regierung eine neue Dimension erreicht.

Diese Entführung eines israelischen Soldaten - auf israelischen Territorium und mittels eines lange vorbereiteten Tunnels unter den Grenzanlagen hindurch - nur wenige Stunden nach der oben genannten Einigung, ist sicher kein Zufall. **Hauptverantwortlich für diese Tat sind wahrscheinlich militante Hamas-Milizen**, die sich nicht dem - eher moderaten - Ministerpräsidenten **Ismail Haniyyeh** unterordnen, sondern allein auf den aus dem syrischen Exil agierenden Hamas-Chef **Khaled Meshal** hören. Die Order zur Entführung kam also wohl von dort – mit dem Ziel, die Einigung zu sabotieren.

Dies ist nur teilweise gelungen. Zwar trat die Einigung im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen – erst recht nach dem Beginn der Kämpfe im Libanon - in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung, doch scheinen die Beteiligten weiter zu ihr zu stehen. Dies kann **wesentlich zu einem Waffenstillstand im Gaza-Streifen beitragen**.

*Ausblick:*

Für den **Friedensprozess mit Israel** ist nach den bewaffneten Auseinandersetzungen in Gaza und Südlibanon, aber auch einzelnen Militäraktionen in vielen Städten des Westjordanlandes, die Stimmung für direkte Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern verständlicherweise sehr ungünstig geworden. Andererseits dürften sich nach Beendigung der militärischen Aktionen auch neue Chancen ergeben.

#### „Disengagement“ – „Konvergenz“ – „Abkopplung“

Viel hängt davon ab, wie die jüngste Eskalation von der israelischen Seite im Hinblick auf das Konzept der unilateralen Grenzziehung und der Abkopplung von den Palästinensern bewertet wird. Zunächst scheinen die Ereignisse des Juli 2006 zu zeigen, dass sich dieses Konzept in seiner bisher umgesetzten Form als untauglich erwiesen hat, den Sicherheitsbedürfnissen Israels gerecht zu werden.

Unilaterale Abkopplung beinhaltet hier in erster Linie das eigenständige Ziehen der künftigen Grenzen des Staates Israel und deren Sicherung durch Sperranlagen gegen terroristische Aktivitäten, was aus israelischer Sicht sowohl dauerhafte Friedensverhandlungen einerseits, als auch weitere Besetzung überflüssig machen sollte. Entscheidend waren vor allem demographische Kriterien: Die künftigen Grenzen sollten so verlaufen, dass im so definierten Israel eine jüdische Bevölkerungsmehrheit auf Dauer gesichert wäre und halten sich nicht an den international anerkannten Grenzverlauf von 1948.

Als ein Vorbote dieses Konzeptes kann der Abzug aus dem Südlibanon im Jahr 2000 gesehen werden, mit dem Abzug aus dem Gaza-Streifen (ohne jedoch beispielsweise die Hoheit über die Küste oder den Luftraum aufzugeben) erreichte seine Umsetzung ihren Höhepunkt; für das Westjordanland wurde es in den letzten Monaten heftig diskutiert. Für die Gründung der größten israelischen Regierungspartei Kadima war dieses Konzept geradezu konstituierender Faktor, bei den Wahlen zur Knesset im März 2006 dürfte es die entscheidende Rolle gespielt haben.

Aus palästinensischer Sicht wurden die beiden genannten israelischen Rückzüge jedoch als Erfolg der Gewalt wahrgenommen, sei es der bewaffnete Widerstand in Gaza oder dem Südlibanon selbst, aber auch in Form von Selbstmordanschlägen in israelischen Städten. So problematisch diese Sicht auch sein mag; die derzeitigen Kämpfe beweisen, dass unilaterale Abkopplung allein Gewalt zumindest nicht zu verhindern vermag. Raketen fliegen auch über Sicherheitszäune hinweg und im Gegensatz zu Zivilisten gelingt es Terroristen offenbar durchaus, die Sperranlagen zu überwinden.

Wenn das Konzept des Unilateralismus in der Zukunft weiter eine Rolle spielen soll, dann nur nach vorausgegangenen militärischen Operationen größeren Maßstabs, mit denen die Fähigkeit der Palästinenser, Raketen abzuschießen, Menschen zu entführen oder überhaupt Gewalt gegen Israel einzusetzen, nachhaltig und auf lange Sicht ausgeschaltet werden soll. In gewisser Weise stellen die Kriegshandlungen im Gaza-Streifen und im Südlibanon ein Nachholen dieses schon früher von Militärs vorgeschlagenen Vorgehens dar. Der Ablauf der bisherigen Kampfhandlungen spricht zweifellos für diese Interpretation.

Sollte die **unilaterale Abkopplungspolitik Israels fortgesetzt** werden, wird der tatsächliche **Verlauf der Grenzen** und damit die genaue Ausgestaltung dieser Abkopplung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Allerdings wäre dieses Szenario wahrscheinlich mit einem weiteren Verbleib des israelischen Militärs im Westjordanland verbunden. Zunächst würden nur einige Siedlungen geräumt. Dies würde **eine Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern** auf absehbare Zeit verhindern.

Sollte diese Politik der Abkopplung jedoch nicht fortgesetzt werden, kommt den nächsten Monaten möglicherweise eine entscheidende Bedeutung zu. Will Israel in diesem Fall die Westbank und Gaza nicht komplett wieder besetzen, führt an **ernsthaften Verhandlungen** mit den Palästinensern kein Weg vorbei. Wie oben beschrieben, könnten mit einer Allparteienregierung auch auf der palästinensischen Seite die Voraussetzungen hierfür in naher Zukunft geschaffen werden.

Im Rahmen solcher Verhandlungen bestünde die **Chance zu einem Neuanfang**. Die drei großen Fragen, des **Grenzverlaufes**, des **Status Jerusalems** und der palästinensischen **Flüchtlinge** sollten dann auf die Tagesordnung kommen. Nach den jüngsten Auseinandersetzungen scheint es auf jeden Fall schwer vorstellbar, mittels eines Waffenstillstandes die Uhr einfach auf den „status quo ante“ zurückzudrehen.

Thomas Birringer  
24. Juli 2006